

Rüdiger Machetzki

## China: Zur Diskussion um den Stellenwert der Tradition (Teil 1)

Die regelmäßige wissenschaftliche Beschäftigung mit der Volksrepublik China verführt, weil selten erbaulich, nur allzu leicht dazu, einen an sich höchst erstaunlichen Vorgang zu übersehen: Kein anderes Land hat weltweit so viel Anerkennung und "Sympathie" erfahren wie China, eine Tatsache, die z.B. in den Medien des großen "asiatischen Rivalen" Indien immer wieder beklagt worden ist. Es braucht hier nicht im Detail auf die westlichen Idolisierungsercheinungen der kulturrevolutionären Phase eingegangen zu werden, wobei - bedauerlicherweise - die Bewunderung des "Terrors der Tugend" bei jenen besonders ausgeprägt erschien, die sich selbst als Intellektuelle einstufen. Bemerkenswert erscheint hingegen, daß auch die FAO, die Landwirtschaftsorganisation der UNO, ein Chinabild zeichnete, das weit von der Wirklichkeit entfernt war. "Learning from China", so hieß eine Serie von Broschüren, die die chinesische Landwirtschaft als nachahmenswertes Modell einer sog. "integrierten ländlichen Entwicklung" in der Dritten Welt anpries. Die traurige Wirklichkeit dieses Modells ist heute nur allzugut bekannt, aber bei kritischer Betrachtung mußten die wenigen bekannten Fakten auch damals bereits zu starken Zweifeln führen. Es bedurfte einer im höchsten Maße intellektchonenden Wertung dieser Fakten, um sich der Gnade des Mißverstehens hingeben zu können.

Auch in der Welt der Politik und der Wirtschaft grassierte der rätselhafte "Chinavirus". Von seiten der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion wurde die Volksrepublik gleichsam als dritter Partner bei der Konstruktion

eines neuen geostrategischen Dreiecks hofiert. Diese Haltung läßt sich weder aus den wirtschaftlichen, noch aus den militärischen Realitäten auf dem chinesischen Subkontinent erklären. Bestenfalls kann man sie als "Antizipation" einer fernen Zukunft deuten. Auch die Wirtschaftsführungen in der westlichen Welt einschließlich Japans haben China während der letzten zehn Jahre eine Entwicklungsdynamik zugeschrieben, die angesichts der in der Wirtschaft üblichen Nüchternheit vom Mut zur kühnen Prognose zeugt. Nimmt man das deutsche Engagement als Beispiel, so fällt schon bei oberflächlicher Betrachtung auf, daß bei keinem anderen Land in Asien, Lateinamerika oder Afrika so viele Vorleistungen nach dem bloßen Prinzip Hoffnung erbracht worden sind.

Es ließen sich zahlreiche andere Beispiele des "Phänomens China" auflisten. Sie alle würden nur den gleichen Sachverhalt bestätigen: Es herrscht im Westen eine weitverbreitete Tendenz vor, das größte aller Gefälle Chinas, das Gefälle zwischen Anspruch und Wirklichkeit, "großzügig" zu übersehen. Es steht zu befürchten, daß die seit 1989 vorherrschende Skepsis bald wieder verblassen wird. Bereits heute hört man erste Rufe: Zurück zur lieb gewonnenen Gewohnheit des positiven Chinabildes!

Woher kommt dieses (Wunsch-)Bild, dieses durch die Wirklichkeit offensichtlich kaum zu erschütternde Vertrauen in die "lichte Zukunft" Chinas? Es läßt sich mit Sicherheit nicht auf die bisherige Bilanz der Volksrepublik China zurückführen. Vielleicht liegt ihm eine unbewußte bzw. halb bewußte

Anerkennung der großen Geschichte und Tradition Chinas zugrunde, der suggestive Glaube an die Unvermeidbarkeit der Rückkehr Chinas zur "Weltspitze". Ein solches Vertrauen muß nicht reine Illusion sein, im Gegenteil, manches spricht dafür, daß die historisch gewachsene Substanz der chinesischen Gesellschaft mehr als ausreichend ist, um die große Krise des Wandels zu bestehen. Zwar kann man aus der Vergangenheit niemals mit Sicherheit auf die Zukunft schließen, aber China hat in seiner Geschichte zwei große Wandlungs- und Umbruchprozesse nicht nur erfolgreich überlebt, sondern ist aus ihnen zivilisatorisch gestärkt hervorgegangen. Auch die Gegenwart bietet genügend Anhaltspunkte zum Optimismus. Ein Blick nach Hongkong oder über die Straße von Taiwan verdeutlicht, wozu chinesische Gesellschaften fähig sind, wenn ihr Potential nicht durch herrschaftsspezifische Hindernisse blockiert wird.

Der junge Mao Zedong hatte einst verkündet: "Eines Tages wird die Umwandlung des chinesischen Volkes tiefer sein als die eines jeden anderen Volkes, und die Gemeinschaft des chinesischen Volkes wird strahlender sein als die eines jeden anderen Volkes." Es mag sein, daß diese Vision irgendwann einmal Wirklichkeit wird. Deng Xiaoping hat das Datum 2049 (100ster Jahrestag der Volksrepublik China) vorhergesagt. Die grundlegende Voraussetzung zur Erfüllung dieser Prophezeiung wäre, daß die chinesische Gesellschaft aus der historischen "Sackgasse" herausfindet, in die sie die heutigen Herrschaftsträger geführt haben. Zu Beginn der 80er Jahre konnte es für kurze Zeit so scheinen, als ob die politische Ordnung des Landes zur Selbstreform fähig wäre. 1979 hatte man den Beginn einer "neuen historischen Etappe" verkündet. Die Fehlleistungen der "alten historischen Etappen" sollten ein für allemal ausgelöscht werden. Heute kann man sarkastisch fragen: Wie ist die neue Etappe? Wie die alte! Wie ist die alte? Voller Fraktionismen! Seit 40 Jahren buchstabiert sich Genosse in China inimicus.

In Abwandlung des immer wieder ritualhaft verkündeten Stabilitätsauftrages ließe sich variieren: Ohne Sozialismus keine Stagnation! Die wenig verheißungsvolle Gegenwart darf nicht dazu verleiten, die Vergangenheit unkritisch

zu verherrlichen. Dennoch wäre eine übertrieben positive Darstellung der Tradition das weitaus kleinere Übel im Vergleich zu der heute innerhalb und außerhalb Chinas weitverbreiteten Neigung, diese Tradition als eine gewaltige Mauer der Modernisierungsfeindlichkeit zu verketzern.

Es erscheint wie eine Binsenweisheit, daß China, das größte politische Gemeinwesen der Welt, nur vor dem Hintergrund dreier Rahmenbedingungen zu verstehen ist - China als (1.) Entwicklungssubkontinent, (2.) Staatswesen mit dem Anspruch, den Sozialismus zu verwirklichen, (3.) Nachfolgestaat einer imperialen Zivilisation. Trotzdem müssen diese unterschiedlichen Elemente betont werden, weil ein gewisser Hang zum "Impressionismus" in der Diskussion um Vergangenheit und Zukunft Chinas nicht zu übersehen ist. Kurz gesagt: Es ist unzulässig, die Fehlleistungen des heutigen Herrschaftstypus woanders hin zu verlagern, insbesondere in die Vergangenheit. Das ist heute in der Volksrepublik beliebt, nicht nur auf Seiten des Regimes. Auch die intellektuellen Kritiker in China sind "vergangenheitsfeindlich". Sie frönen der Neigung zu "degenerierenden Problemverschiebungen" (Imre Lakatos, "degenerative problem shifts"). Ein Musterbeispiel dieser Neigung ist die berühmte Heshang-Fernsehserie, die das eigene historische Erbe in souveräner Fehldeutung zur alles erdrückenden Last in den Köpfen der Chinesen erklärt. Zwar haben die Autoren in der Zwischenzeit erklärt, sie hätten die Vergangenheitskritik nur deswegen gewählt, weil ihnen ein direkter Angriff auf die heutige Führung nicht möglich war, aber eine solche Erklärung verringert keineswegs die geistige "Selbstzerstörungskraft" der vermeintlichen Kritik. Vielmehr veranschaulicht sie, daß ein Großteil der Intellektuellen des Landes seit 70 Jahren an der gleichen Scheinfront kämpft wie die Herrschaft selbst. Bereits während der 20er Jahre hatte der Schlachtruf gelautes: Nieder mit dem Konfuziusladen! Auch damals hatten viele sich selbst als radikal verstehende Intellektuelle die bedingungslose Verwestlichung der chinesischen Gesellschaft gefordert, ohne daran zu denken, daß die von ihnen beklagte Vergangenheitslast, wenn es sich denn um eine solche handelt, in ihren Köpfen lagerte und welchen Schaden eine Entfernung eben dieser Last den Köpfen zufügen

mußte. Dennoch kann man für die chinesischen Intellektuellen ein hohes Maß an Verständnis aufbringen. Es ging und geht ihnen nicht um einen wissenschaftlichen Disput, sondern um existenzielle Bedingungen. Sie waren und sind Betroffene. Im Gegensatz dazu wirkt es verhältnismäßig befremdend, wenn nicht eben wenige Repräsentanten der westlichen Sinologie, die sich selbst als distanzierte Beobachter begreifen, ähnliche Erklärungsmodelle für das Nachwirken der Tradition auf die Gegenwart anbieten. Ihnen dürfte es eigentlich nicht passieren, die von der heutigen Herrschaft in Auftrag gegebenen und als politische Kampfmittel verwandten Traditionsklischees mit den geschichtlichen Vorgängen selbst gleichzusetzen.

Es soll nicht geleugnet werden, daß die Vergangenheit als "stille Dimension" in jeder Gesellschaft wirksam ist. Einer der grundlegenden Irrtümer, denen z.B. Mao Zedong in seinem utopischen Bedürfnis zum Opfer fiel, war sein Wunschbild von der chinesischen Gesellschaft als einem weißen Blatt, auf dem man die schönsten Zeichen malen könne. Wenn es in der Geschichte der Menschheit jemals eine Gesellschaft gegeben hat, die mit Sicherheit kein weißes Blatt, sondern ein bis zum Rand vollgeschriebenes ist, so handelt es sich um das chinesische Volk. Will man sich mit einer solchen schlichten Feststellung nicht begnügen, sondern die Einflüsse des geschichtlichen Erbes auch nur annähernd sachgerecht nachzeichnen, dann genügt es nicht, anläßlich beliebiger Einzelvorgänge darauf zu verweisen, daß ähnliche Geschehnisse bereits in den Dynastiegeschichten der Han, Tang oder Song registriert seien. Vielmehr mußte man die mit den oben erwähnten drei Rahmenbedingungen des Modernisierungsprozesses verknüpften Voraussetzungen beachten. China als "Entwicklungssubkontinent" impliziert unabhängig von seiner spezifischen Tradition und heutigen Herrschaft gewisse "naturwüchsige" Verhaltensmuster, die allen Gesellschaften, die den Prozeß der industriellen Revolution noch nicht durchlaufen haben, mehr oder weniger gemein sind. Verkürzt gesagt handelt es sich um das Mit- und Gegeneinanderwirken vorindustrieller und frühindustrieller Gemeinschaftsvorstellungen.

Die zweite Grundvoraussetzung, die nicht übersehen werden darf, ergibt sich aus der Tatsache, daß China ein Staatswesen mit einem spezifischen sozialistischen Anspruch ist. Die Herausforderungen, denen sich eine Gesellschaft im historischen Umbruch existenziell ausgesetzt sieht, wirken auf die Gesellschaft als Ganzes. Die bäuerliche Bevölkerung ist von ihnen ebenso betroffen wie die Elite des Landes. Diese Tatsache darf aber nicht zu dem Fehlschluß verleiten, daß die Antworten auf diese Herausforderungen ebenfalls von der gesamten Gesellschaft gegeben werden. Die Antworten sind im wesentlichen "elitespezifisch". Dies gilt insbesondere im Fall ideologisch-bürokratischer Ordnungen, die auf die Herausforderungen nicht bloß "reagieren", sondern den Wandel nach ideologischen Leitmotiven "kanalisieren" wollen. Die Reaktion der Gesellschaft auf die Probleme, die durch die herrschaftsspezifischen Antworten verursacht werden, mag eine Mischung aus allgemein vorindustriellen und traditionellen Verhaltensmustern darstellen, die Probleme selbst sind überwiegend herrschaftsbedingt. D.h., wenn man eine wirklichkeitsnahe Ursachenanalyse der Leistungen und Fehlleistungen der Volksrepublik China vornehmen will, muß man in erster Linie nach systembedingten Erklärungsansätzen suchen. Nur wenn im Rahmen solcher systembezogenen Erklärungsansätze wesentliche Aspekte der politisch-wirtschaftlich-gesellschaftlichen Realität nicht zu erfassen sind, sollten andere Interpretationswege, unter ihnen auch kulturgeschichtliche, gesucht werden. Im konkreten Fall, d.h. zur Erklärung der volksrepublikanischen Gegenwart, besteht kein kulturgeschichtlicher Erklärungsbedarf. Die Klagen (bürokratische Korruption, Willkür, Inkompetenz usw.), in denen sich die große Verbitterung der chinesischen Bevölkerung 1989 äußerte, sind praktisch identisch mit den Klagen, die man von Leipzig und Ost-Berlin über Budapest, Warschau, Moskau bis hin nach Saigon hören konnte. Das gleiche gilt für das "Selbstverwaltungsland" Jugoslawien. Wozu also Konfuzius kritisieren, wenn die Verantwortung bei Lin Biao oder seinen Nachfolgern liegt! Kulturgeschichtliche Erklärungsversuche sind in diesem Zusammenhang nicht nur nicht notwendig, sie bergen auch nicht zu unterschätzende Risiken in sich. Es sei an Bertold Brechts Geschichten des Herrn Keuner erinnert. In einer dieser

Geschichten soll ein Lorbeerbaum zu einer Kugelform zurechtgestutzt werden. Die Kugel will nicht recht gelingen, es kommt zu immer neuen Versuchen. Schließlich hat man eine Kugel, aber keinen Lorbeer mehr. Traditionsbezogene Interpretatoren der chinesischen Gegenwart sind gezwungen, wesentliche Tatbestände entweder außer acht zu lassen oder in ihrer Bedeutung zu schmälern. Sie können mit ihren Darstellungen die Prüfung für Konsistenz bestehen, aber nicht für Relevanz.

Eine dritte Grundvoraussetzung, deren Beachtung zwingend erscheint, ergibt sich aus der besonderen Natur aller marxistisch-leninistisch gestalteten Ordnungen. Marxistisch-leninistische Bewegungen sind zum Zeitpunkt der Machtübernahme von ihrem Selbstverständnis her darauf ausgerichtet, die Gesellschaft ihren ideologischen Vorstellungen gemäß vollständig umzugestalten, d.h. die Gesellschaft auf einen Weg zu zwingen, den sie von allein nicht gehen würde. Selbst wenn - wie im Falle Chinas - die Revolution anfänglich ihre Dynamik "von unten" erhielt, muß später die "Revolution von oben" fortgesetzt werden, weil sich sehr bald eine wachsende Kluft zwischen den Vorstellungen der einstmaligen Revolutionsführer und der Bevölkerung auftut. Innerhalb der Führung führt diese Erscheinung offensichtlich zwangsläufig zu permanenten Grundsatzauseinandersetzungen zwischen denjenigen, die sich mit der Realität bis zu einem gewissen Grad arrangieren wollen und denjenigen, die weiter auf dem Primat des Ideologischen verharren. Trotz dieser oft über Jahrzehnte andauernden "Linienkämpfe" scheint für alle Kräfte ein gemeinsamer geringster Nenner zu bestehen - das politische Herrschaftsmonopol der Staatspartei bzw. des Parteistaates. Eine Aufgabe des Herrschaftsmonopols bedeutet, wie sich in Osteuropa gezeigt hat und wie in China zu Recht befürchtet wird, das Ende des marxistisch-leninistischen Ordnungstypus.

Aus dem Niedergang der Ideologie von einer Leitvorstellung des politisch-gesellschaftlichen Handelns zum bloßen Rechtsfertigungsinstrument leitet sich zumindest indirekt ein weiteres Argument gegen eine unzulässige "Schuldzuweisung" gegenüber der Tradition ab. Es ist allgemein üblich, die marxistisch-leninistischen Volkswirtschaften

als Befehlsplan- oder Kommandowirtschaften zu bezeichnen. Das ist nicht falsch, solange man sich bewußt ist, daß das Kommandoelement nur die Form dieser Wirtschaften beschreibt. Der Gehalt bzw. das Wesen ist die "Pfründe". Es wäre also ebenso zutreffend, marxistisch-leninistische Volkswirtschaften als Pfründenwirtschaften zu etikettieren. Der Sozialismus wäre unter diesem Gesichtspunkt nicht bzw. nicht in erster Linie, wie ein beliebter Erklärungsansatz der vergangenen Jahrzehnte behauptete, eine Art Kapitalismusersatz für solche Gesellschaften, denen die für den kapitalistischen Weg notwendige Eigendynamik fehlt, sondern die industriezeitliche Variante der alten Lehensherrschaft. Aus dieser Analogie erklärt sich auch die in allen entsprechenden Ländern so häufig beklagte Tendenz zum "feudalen Denken". Der sog. "Neofeudalismus" (xin fengjianzhuyi), der während der letzten Jahre in den chinesischen Medien wegen seiner geradezu epidemischen Verbreitung beklagt wurde, ist demnach in der Tat "neu". Er stellt keine traditionsbedingte Schwächung des heutigen politischen Systems dar, sondern repräsentiert dessen Entwicklungslogik. Es bedarf nicht der Ming- und Qing-Kaiser, um seine Existenz zu erklären.

Falls sich reformorientierte Kräfte innerhalb des Staatsgefüges der Kommunistischen Partei in einer näheren oder fernerer Zukunft durchsetzen sollten, werden sie, wie in Osteuropa, den gleichen "paradoxen Effekt" erleben, in letzter Konsequenz ihre eigene Position "hinwegzureformieren". Diese von den Betroffenen mehrheitlich nicht erwünschte Konsequenz der Systemüberwindung deutet auf ein umfassenderes Phänomen menschlicher Gesellschaften hin. Seit Karl Marx die wissenschaftliche Entdeckung gemacht zu haben glaubte, der bürgerlichen Gesellschaft sei in Form des Widerspruchs zwischen Produktionskräften und Produktionsverhältnissen ein unaufhebbarer Defekt zueigen, ist dieser Vorstellung in zahllosen Varianten immer wieder neues Scheinleben eingehaucht worden. Übersehen wurde dabei, daß jede Gesellschaft, die sich durch ein hohes Maß an Dynamik und strukturellem Wandel auszeichnet, zwangsläufig ihre eigenen Voraussetzungen, auf denen der Wandel beruht, aufhebt. Nur die mangelnde Fähigkeit, die Dynamik zu steuern, d.h. auf der

Grundlage sich ständig aufhebender Voraussetzungen zu existieren, würde auf den so häufig konstatierten "Defekt" hindeuten. Die "schweigenden Mehrheiten" der westlichen Gesellschaften zeigen sich offensichtlich resistent gegen die von Skeptikern diagnostizierte große Sinnkrise. Dieser gesellschaftliche Mangel an utopischen Bedürfnissen wird fälschlich zum Mangel an Denkfähigkeit erklärt. Tatsache ist jedoch, daß sich die "einfachen Leute" in den wesentlichen menschlichen Dingen weniger schwerwiegend irren als die "Intellektuellen". Schwerwiegend sind die intellektuellen Irrtümer vor allem deswegen, weil aus ihrer Geschichte nur selten Schlußfolgerungen gezogen werden. Häufiger werden sie zu tragischen Visionen verherrlicht, und wenn das nicht möglich ist, zumindest verharmlost.

Diese allgemeinen Anmerkungen sollen hier nicht weiter ausgeführt, sondern auf den thematischen Zusammenhang hin konkretisiert werden. Die großen Gedankenkonstruktionen zur Stützung der Visionen von der Einheit des Wahren, Schönen und Guten führen in der Praxis zu eben jenem Defekt, den man bisher den westlich-bürgerlichen Gesellschaften attestiert hat. Aber die Entwicklung menschlicher Gesellschaften wird wesentlich durch zwei Phänomene bestimmt: sich selbst erfüllende Prophezeiungen und sich selbst widerlegende Prophezeiungen. Diese Erkenntnis findet sich bereits in Goethes Faust, in dem Mephisto sich selbst als die Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft, bezeichnet. Sie liegt aber auch Adam Smiths "unsichtbarer Hand" zugrunde. In der heutigen Schulsoziologie tritt sie als "paradoxer Effekt" auf. Für ideologisch bedingte Ordnungen, d.h. Ordnungen, die die grundlegende Nichtvorhersagbarkeit gesellschaftlichen Wandels leugnen müssen, ergibt sich der Zwang, alle in der Vision nicht vorhergesehenen bzw. mit der Vision nicht zu vereinbarenden Entwicklungen, arretieren zu müssen. Dieser Zwang bedingt einen hohen gesellschaftlichen Energieverlust, der auf Dauer die Entwicklungsdynamik der Gesellschaft entscheidend beeinträchtigt. Die Herrschaft wird durch die Macht korrumpiert und wichtiger noch: Die Gesellschaft wird durch die Ohnmacht korrumpiert. Hier liegt in der Tat ein grundlegender Defekt, der letzten Endes zur Selbsterstörung der

betreffenden Ordnung, wenn nicht der gesamten Gesellschaft, führen kann. Die Endphase einer solchen Entwicklung äußert sich in dem weit verbreiteten Empfinden allgemeiner Stagnation und "Fäulnis".

In China wurden zu Beginn der Reformphase bis Mitte der 80er Jahre nicht von ungefähr Termini wie "Fossilierung" (shihua) und "Verknöcherung" (jianghua) populär. Aber im Gegensatz zur chinesischen Propaganda besteht für Außenstehende keine Notwendigkeit, die mit diesen Termini beschriebenen Erscheinungen durch fiktive Traditionshemmnisse zu erklären. Zumindest hat sich die Tradition nicht als Hemmnis gegen das Vordringen neuer Ideen erwiesen. Mit der Tradition sind diese neuen Ideen, wie das Beispiel Taiwan während der letzten Jahre immer deutlicher bewiesen hat, durchaus konstruktiv zu vereinbaren, mit der marxistisch-leninistischen Ordnung sind sie es nicht. Die neuen gesellschaftlichen Ideen sind in der Aufklärung geboren und mit der Französischen Revolution und der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten politisch in die Welt gesetzt worden. Ursprünglich westlicher Herkunft haben sie eine universelle Wucht entwickelt, die Martin Kriele anschaulich als "demokratische Weltrevolution" in Worte gefaßt hat. Es gibt also neben der normativen Kraft des Faktischen auch die faktische Kraft des Normativen. Es wäre bedauerlich, wenn diejenigen unter Chinas Intellektuellen, die sich um die Zukunft ihres Landes Gedanken machen, diese Kraft gegen den von der Kommunistischen Partei künstlich aufgebauten "Scheinfeind" der Tradition richteten.

Um es zu wiederholen, die Vergangenheit soll nicht glorifiziert werden, nur weil sie vergangen ist. Die chinesische Gesellschaft muß wie jede andere mit ihrer Geschichte, d.h. den Höhepunkten und Fehlleistungen leben. Alles in allem sind jedoch in der Geschichte Chinas Leistungen vollbracht worden, die, unter den damaligen Bedingungen und im Hinblick auf die damaligen Zielsetzungen beurteilt, zu einem kritischen Stolz Anlaß geben. Die Vergangenheit kann Ansporn für die Zukunft sein, solange sie nicht entstellt oder mechanisch verlängert wird. Eine der großen "Untaten" des heutigen Regimes ist die Verleugnung, Entstellung und das Verschweigen der

eigenen Geschichte - aus Furcht vor dem Vergleich? Das hat zu dem fatalen Ergebnis geführt, daß selbst die schärfsten Kritiker der kommunistischen Herrschaft mehr oder weniger unüberlegt von der Vorstellung ausgehen, China sei mit einem modernisierungsfeindlichen Traditionserbe belastet. Sie tun sich daher schwer mit der von der Herrschaft aufgestellten Zwangsalternative, die chinesische Gesellschaft sei strukturell in der Geschichte des Despotismus gefangen, eine Auflösung dieser Strukturen würde zwangsläufig zum Chaos führen, es bedarf daher einer autoritär dirigistischen Steuerungsinstanz für die gesamte Gesellschaft.

Ist die heutige Volksrepublik aber tatsächlich eine "Fortsetzung" des vermeintlich negativen Erbes? Die Tatsachen sprechen eher dagegen. Die Erklärungsschwierigkeiten beginnen bereits mit der Terminologie, die die traditionelle Ordnung als "feudales Zentralmachtreich" (zhongyang jiquan fengjian diguo) umschreibt. Dieser Terminus ist ein Widerspruch in sich selbst. Das Wesen jeder Feudalordnung ist die Dekonzentration der Macht, der Terminus behauptet also die zentralisierte Dekonzentration der Macht. Ein solcher Widerspruch hängt u.a. mit dem alles umfassenden Erklärungszwang in marxistisch-leninistischen Kategorien zusammen, der Abweichungen vom Schema nicht zu dulden vermag. In der Tat wurden mit diesem Terminus zwei in der Tradition als gegensätzlich empfundene politische Denk- und Handlungslinien zwangsvereint. Für das Moment der Zentralisierung stand die sog. junxian-Linie (Kommandanturen und Kreise), für das Moment der Dekonzentration die sog. fengjian-Linie. Auf die weltanschaulichen Vorstellungen, die mit diesen beiden Linien verbunden sind, wird an späterer Stelle noch eingegangen. Hier reicht es festzustellen, daß ein Terminus wie "feudales Zentralmachtreich" zwar der von Mao Zedong so geliebten Einheit der Widersprüche Genüge tun kann, nicht jedoch die Realität der traditionellen Ordnung zu erfassen vermag. Auch der heute häufig gebrauchte Begriff "Neofeudalismus" ist ein weitgehend polemischer Terminus ohne wirklichen Erklärungswert. Die Vergangenheit wird für das Regimeversagen verantwortlich gemacht. Selbst die im Westen in den 30er Jahren und später vor allem in den 60er

Jahren populäre Erklärungsvariante der "asiatischen Produktionsweise" bzw. des "orientalischen Despotismus" zeigt nur, daß die traditionelle Ordnung Chinas irgendwie anders war, als das nach marxistisch-leninistischen Kriterien eigentlich hätte sein dürfen. Gerecht wurde sie der Ordnung nicht. Im Kern der Definition stand die Vorstellung von einem System der Ausbeutung, das einer untätigen Klasse, die jedem Wandel feindlich gegenüberstand, als Herrschaftsgrundlage diene. In differenzierter Form hat Barrington Moore diese Vorstellung übernommen:

"Was tat also die (chinesische) Regierung wirklich für die Bauern? Die modernen Soziologen des Westens sind vielleicht allzu leicht geneigt, die Antwort, daß sie praktisch nichts tat, als unmöglich beiseite zu schieben, eine Antwort, von der ich vermute, daß sie die richtige ist. Die meisten gehen von der Annahme aus, daß jede Institution, die lange Zeit Bestand hat, für die unter ihr Lebenden nicht ganz und gar schädlich gewesen sein kann ... und machen sich deshalb verzweifelt auf die Suche nach irgendeiner 'Funktion', die die betreffende Institution gehabt habe ... Dessen ungeachtet erscheint die Hypothese richtiger, daß große Volksmassen, und insbesondere Bauern, das Gesellschaftssystem, unter dem sie leben, einfach hinnehmen, ohne sich weiter darum zu kümmern, in welchem Verhältnis Vorteile und Nachteile innerhalb dieses Systems zueinander stehen, und ganz sicherlich ohne einen Gedanken daran, ob vielleicht ein besseres System möglich wäre."<sup>1</sup>

Eine solche Aussage ist angesichts der großen Gelehrsamkeit ihres Autors nahezu unverstündlich, weil schlichtweg falsch. Es stimmt, "große Volksmassen, und insbesondere Bauern" betätigen sich im Normalfall nicht als politische Philosophen. Es stimmt ebenfalls, daß überkommene Herrschaften einfach aufgrund der Beharrungskraft der Tradition weiterleben, ohne einen angemessenen Beitrag zu ihrer Legitimierung zu leisten. Es ist jedoch in der Weltgeschichte kein Fall bekannt, in dem eine traditionelle Herrschaft, bei der man "verzweifelt nach irgendeiner Funktion suchen" muß, wiederholt eine Renaissance erlebte, nach dem die gesellschaftliche Ordnung im allgemeinen Aufruhr und Gewalt zerfallen war.

Die Bestimmung angemessener positiver Funktionen der traditionellen chinesischen Herrschaft mag im einzelnen schwerfallen, wenngleich sich Leistungen aufzählen lassen, die weit über das hinausgehen, was im Westen bis zum 18. Jahrhundert üblich war. Eine Herrschaft läßt sich jedoch ebenso sinnvoll *ex negativo* begründen: Welche Leistung hätten alternative Herrschaftsordnungen vollbracht? Betrachtet man die traditionelle chinesische Ordnung unter diesem Gesichtspunkt, so wird eine für vorindustrielle Gesellschaften extrem hohe Leistungsfähigkeit deutlich. Das hohe Maß an gesellschaftlich-kultureller Reife läßt sich sowohl "quantitativ" als "qualitativ" veranschaulichen. Die "Quantität" bezieht sich auf die materielle Sphäre, insbesondere auf die Zahl der Menschen, die unter dieser Ordnung Lebenschancen erhielten, die unter anderen Ordnungsbedingungen nicht existiert hätten. Die "Qualität" umfaßt vor allem solche Aspekte, die heute mit dem Begriff "kulturelles Bedarfsminimum" zusammengefaßt werden.

Erstens, die extrem hohe materielle, d.h. wirtschaftliche Leistungsfähigkeit spiegelt sich vor allem in dem gewaltigen Bevölkerungsanstieg der Ming-Qing-Zeit (ca. 1400-1850) wider. In diesem Zeitraum wuchs die chinesische Bevölkerung von rd. 80-90 Millionen auf ca. 430 Millionen an, d.h. es kam zu einer Verfünffachung. Trotzdem gelang es bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die "Grundbedarfslage" im großen und ganzen zu sichern. Erst danach kam es zu einer allmählichen "Überlastung". Diese Leistungssteigerung vollzog sich im wesentlichen durch eine stete Tendenz der "Intensivierung" der Landwirtschaft. Es kam zur Einführung neuer Getreidearten, zum Ausbau und zur Verbesserung der Bewässerungssysteme, zu ausgeklügelten Verfahren der Düngung, zum Mehrfachtbau und zum "Intercropping", ohne daß irreparable Schäden der Agrarbasis eintraten. Neulandgewinnung spielte eine nicht zu vernachlässigende Rolle, aber die Neuflächen waren im allgemeinen wenig ergiebig. Im nationalen Durchschnitt wurden die Hektarleistungen über die Jahrhunderte hinweg mehr als verdoppelt, für die traditionellen "Kerngebiete" des Landes ergaben sich Steigerungen bis zum Vierfachen. In der absoluten Schlüsselregion des Changjiang-Deltas wurden Hektarleistungen bis zu 4,5 t erzielt.

Wichtig erscheint unter dem Blickpunkt der Leistungsfähigkeit der Ordnung, daß solche Steigerungen mit dem Selbsterhaltungsinteresse der angeblich "untätigen Klasse" durchaus vereinbar waren. Keine andere Ordnung auf der Welt hätte vor dem 19. Jahrhundert ein derart hohes Maß an Vereinbarkeit zwischen ihrem eigenen Interesse und den Interessen der großen bäuerlichen Gesellschaftsmehrheit erzielen können. Ferner war die Ordnung in der Lage, ein hohes Maß an allgemeiner Preisstabilität und Wirtschaftssicherheit zu gewähren. Erst ab 1790/1800 kam es zu einer Umkehr dieser Tendenz, die während des 19. Jahrhunderts "subjektiv" zum allgemeinen Gefühl des Niedergangs beitrug. Die Einzelheiten dieser langfristigen Entwicklung sind von Dwight H. Perkins<sup>2</sup> anschaulich und plausibel beschrieben worden. Die bis heute nicht zu übersehende Abwertung dieser Leistungen in und außerhalb Chinas kann nicht mit Unkenntnis begründet werden. In der westlichen Literatur, von der volksrepublikanischen ganz zu schweigen, werden diese Leistungen, wenn sie überhaupt berücksichtigt werden, verzerrt dargestellt. Zumeist heißt es, zwar habe es Verbesserungen gegeben, aber keine Impulse für einen "echten Durchbruch". Es ist nicht klar, was ein solches Argument bedeuten soll. Typisch für diese Erklärungsrichtung scheint die Hypothese von der "Gleichgewichtsfalle auf hohe Niveau" (High-level equilibrium trap) (Mark Elvin). Auf diese Hypothese wird noch eingegangen, hier soll nur vermerkt werden, daß der Terminus von ausgesprochen "technischer Dürftigkeit" ist.

Zweitens, von der Produktion zur Distribution: der Begriff "shun min", der annähernd mit Volkswohlfahrt übersetzt werden kann, war nicht nur ein anschaulich gefordertes Ideal, sondern, im Vergleich zu anderen vorindustriellen Ordnungen, auch weitgehend ein gesellschaftliches Faktum. Es herrschte ein relativ hohes Maß an Verteilungsgleichheit vor. Die im traditionellen Schriftgut immer wiederkehrenden Klagen über die Armut des Volkes und über die hohen Lasten, die den Bauern auferlegt wurden, waren ebenso sehr Ausdruck der Sensitivität der Ordnung gegenüber negativen Entwicklungen wie Tatbestandsbeschreibungen. Dies gilt insbesondere im Vergleich zu Europa bis ins 19. Jahrhundert hinein.

Noch während der dreißiger und vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts findet man in westlichen Reiseberichten immer wieder Beschreibungen, die tief beeindruckt den Mangel an Elend hervorheben. Es sei daran erinnert, daß zu dieser Zeit bereits kein "Normalzustand" mehr vorherrschte. Auch die durchschnittliche Lebenserwartung der chinesischen Bevölkerung war bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts höher als in Europa, und schließlich muß auch das "beliebte" Thema der Verarmung der Pächter (diannong) in korrekter Perspektive gesehen werden. Der Eigenanteil der Pächter tendierte vor allem im 19. Jahrhundert nach unten. Es gehört zu den Stereotypen volksrepublikanischer Erinnerungsrituale an die "bittere Vergangenheit", darauf zu verweisen, daß die Pächter häufig Anteile von 75-80% abzutreten hatten. Vergessen wird dabei, daß das Pächtertum nur in den landwirtschaftlichen Spitzengebieten des Landes weit verbreitet war, während in armen Gebieten kaum Pächter existierten. Aufgrund der wesentlich höheren Leistungen in den Spitzengebieten waren Anteile von 20-25% absolut gesehen mindestens ebenso hoch wie Anteile von 90% in den armen Gebieten. Ferner verhinderte das "gleiche Erbrecht" die Konzentration des Bodens zum Großgrundbesitz. Das heißt, der Großteil der Grundeigentümer setzte sich aus Personen zusammen, die ein eher bescheidenes Leben führten und, was gesellschaftliche Leistungsbeiträge anbetrifft, keineswegs "irrelevant" waren. Ferner setzte die viel beschworene "Verarmung" der Bauern erst gegen Mitte des 19. Jahrhunderts ein, als die traditionelle Ordnung ihre Steuerungskraft mehr und mehr einbüßte. Die Grundtendenz heutiger Bewertungen der materiellen Leistungsfähigkeit der Tradition, insbesondere in der Volksrepublik China, ist offensichtlich darauf ausgerichtet, den abnormen Zustand des 19. Jahrhunderts zur Normalität zu erklären und die vorangegangenen vier Jahrhunderte in den Status einer Randnote der Geschichte abzudrängen.

Drittens, spätestens seit der Song-Dynastie, d.h. also während des gesamten letzten Jahrtausends, zeichnete sich China durch ein verhältnismäßig hohes Maß an Urbanisierung und Kommerzialisierung aus. Die Wirtschaftsordnung mutete nahezu "merkantilistisch" an. In der sozialgeschichtlichen For-

schung werden ausgeprägte Trends zur Urbanisierung und Kommerzialisierung zumeist als wichtige Symptome sozialen Wandels angesehen. Allein unter diesem Gesichtspunkt kann es nicht die stereotyp behauptete "Stagnation" der letzten Jahrhunderte gegeben haben. Zusätzlich sei angemerkt, daß die geradezu als Musterbeispiel bewegungsloser Orthodoxie verrufene Qing-Dynastie noch während des 18. Jahrhunderts zur Erschließung der südwestlichen Randregion Yunnan fähig war und diese Provinz in das Wirtschaftsgebiet des Reiches angemessen integrierte. Auch hier setzte der Verlust an Dynamik erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein. Blickt man von den Rändern des chinesischen Staatswesens zu seiner wirtschaftlich-kulturellen Mitte, so läßt sich kaum übersehen, daß die gesamte Changjiang-Region bis hinauf nach Sichuan weltweit die wohl größte Konzentration an Städten, marktorientierter Wirtschaft und Hochleistungsagrikultur aufwies. Auch dies galt zumindest bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Darüber hinaus übertrafen die großen chinesischen Städte von ihrem Niveau her (Kultur, Hygiene usw.) alles, was Europa bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts an Vergleichbarem zu bieten wußte.

Viertens, auch das geistig-kulturelle Niveau der chinesischen Gesellschaft zeugte nur in der Endphase der traditionellen Ordnung von sog. "Fäulnis". Zuvor hatte keine bäuerliche Bevölkerung der Welt ein auch nur annähernd so hohes Bildungsniveau wie die chinesische. In den reichen Gebieten des Landes verfügten bis zu 25% der Männer und bis zu 10% der Frauen über Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen. Dies ist zum einen auf die kommerziellen Anforderungen an die Landwirtschaft der chinesischen Schlüsselgebiete zurückzuführen. Zum anderen gab es spätestens seit der Ming-Zeit eine Art "erzieherisches Durchsickern von oben". Dieser Sikereffekt hängt nicht zuletzt mit der besonderen Natur der traditionellen politisch-gesellschaftlichen Elite Chinas zusammen. Eine Elite, die ihren Herrschaftsanspruch mit dem Vorrang der geistigen Leistung begründet und durch systematische Prüfungs- und Ausleseverfahren sicherstellt, ist nach unten hin wesentlich offener als jede andere vormoderne Elite. In gewisser Weise drückt sich dieser Tatbestand auch in Selbstbezeichnungen wie "ru-

lin" (Hain der Sanften bzw. Geglätteten) oder "rujiao" (Unterweisungen der Sanften bzw. Geglätteten) aus. Hier liegt eine bezeichnende Parallele zum Selbstverständnis der britischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts vor, die ihr Land als "polished nation" verstand, d.h. als ein geglättetes, glänzendes Land im Gegensatz zu den kriegerisch-aristokratischen oder auch absolutistisch beherrschten Ländern des Großteils des europäischen Kontinents. Zum Aspekt der sozialen Mobilität im Rahmen der traditionellen Ordnung sei noch ohne Anspruch auf Systematik erwähnt, daß auch hier eine "Durchlässigkeit" in beiden Richtungen bestand, deren Maß bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in Europa nicht erreicht wurde. Die chinesische Gesellschaft war ihrem Wesen nach keine Klassengesellschaft, sondern eine ausgeprägte Statusgesellschaft (liupin shehui). Dies soll nicht besagen, daß keine deutlichen sozialen Unterschiede existierten oder daß in der chinesischen Tradition das moderne politische Ideal der Chancengleichheit verwirklicht worden wäre; im Gegenteil, die Ordnung basierte grundlegend auf dem Prinzip des bedingungslosen Statusgefälles einschließlich des Zugangs zu materiellen Ressourcen. Es war der grundlegende Glaubenssatz der gesamten konfuzianischen Philosophie - durch geschichtlich-politische Erfahrungen gestärkt, daß die Aufhebung dieser klaren Statusordnung zwangsläufig zum Chaos führen müßte. Gleichheit bedeutete immer, Ungleiches ungleich zu behandeln, jedem das Seine nach gleichem Maß zukommen zu lassen. Xunzi, einer der großen Gründungsphilosophen der konfuzianischen Geisteswelt, hatte die Formel für dieses Credo gefunden: Bie ding, zhi ping (Wenn die Unterschiede gefestigt sind, dann herrscht höchste Gleichheit). Ein längeres Zitat soll diese aus heutiger westlicher Sicht nahezu paradox klingende These verständlicher machen. Dabei wird deutlich, daß die grundlegenden Argumente aus Sicht der kommunistischen Führung bis heute gültig sind. Xunzis Worte klingen wie die Kritik Deng Xiaopings an der von Mao Zedong ausgelösten Kulturrevolution.

"Egal, ob es um das ganze Reich ging oder nur um ein Land, bei Modi müßten alle grobe Kleidung tragen und sich mit minderwertigem Essen begnügen. Es würde überall Trostlosigkeit herrschen, und die Kunst würde verdammt.

Das Ergebnis wäre naturgemäß ein allgemeiner Mangel. Die Leute bekämen nicht das, was sie wirklich wollten, und weil sie es nicht bekämen, würden auch die Belohnungen und Anreize nicht richtig funktionieren. Modi würde im ganzen Land praktisch die Ausbildung von Fachleuten abschaffen. Er würde die Verwaltung auflösen und alle Ränge abschaffen. Die führenden Leute in den wichtigen Stellen müßten körperliche Arbeit verrichten und sich mühsam durchschlagen. Sie müßten die gleiche Arbeit tun wie das Volk und würden auch nur gleichmacherisch entlohnt. Bei solchen Zuständen ginge natürlich jede Autorität verloren, und Sanktionen blieben ohne Wirkung. Da es weder vernünftige Anreize noch wirkungsvolle Sanktionen gäbe, wäre es auch nicht möglich, die Leistungsfähigen zu fördern und die Entarteten unter Kontrolle zu halten. Man könnte also weder diejenigen, die etwas leisteten, noch diejenigen, die sich undiszipliniert ausbreiteten, so wie sie es verdient hätten, einstufen und die ersteren in entsprechende Positionen setzen. Bei solchen Zuständen käme alles aus dem Gleichgewicht, und die Dinge liefen nicht mehr so, wie sie es sollten... Es käme zum völligen Zusammenbruch der vernünftigen Beziehungen zwischen den Menschen. Das Land wäre voller Leiden. Es wäre wie verbrannt, wie ausgedörrt. Selbst wenn Modi persönlich die einfachste Kleidung trüge und mit einem Strick als Gürtel herumliefe, selbst wenn er nur minderwertiges Getreide äße und nur Wasser tränke, das nützte auch nicht viel, denn die Wurzeln des Volkes waren gekappt und die Quelle versiegt. Das Land wäre wie ausgedörrt."

Die traditionelle Ordnung war also mit Sicherheit keine demokratische, und es ist ein psychologisch verständliches, aber intellektuell nicht haltbares Unterfangen vieler chinesischer Gelehrter zu Beginn dieses Jahrhunderts gewesen, die Forderungen konfuzianischer Philosophen nach einer milden Herrschaft ("benevolent statism") als frühe Form einer demokratisch verfaßten Gesellschaft ausgeben zu wollen. Wohlfahrt ist nicht Partizipation. Der Unterschied ist nicht zuletzt 1989 in der "substantiellen Nichtdiskussion" zwischen der kommunistischen Parteiführung und der nach Öffentlichkeit, Rechtssicherheit und politische Mitbestimmung rufenden Studentenbewegung sichtbar geworden. Trotzdem be-

stand hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Lebensumstände der Bevölkerungsmehrheit ein deutliches Gefälle zwischen der traditionellen chinesischen Ordnung und anderen traditionellen Ordnungsvarianten. Seinen Herrschaftsanspruch auf "höheres Wissen" zu begründen, ist, unter welchen Umständen auch immer, auch für die Beherrschten einfach überzeugender als verkünden zu müssen: Ich herrsche, weil ich der Sohn meines Vaters bin. Die auf dem Blutsprinzip basierende aristokratische Vorherrschaft über die Gesamtgesellschaft muß das Denken grundsätzlich verhindern, eine ideologisch begründete Herrschaft braucht es nur in bestimmte Kanäle zu lenken. Anders gesagt, bis zum 18. Jahrhundert war eine solche Herrschaft allen anderen überlegen. Die Schwierigkeit der heutigen ideologisch begründeten Herrschaft liegt darin, daß - wie bereits ausgeführt - seit der Aufklärung Ideen von einer politisch würdevollen Ordnung existieren, die ungleich machtvoller sind. Um den jeweiligen Wert einer Ordnung zu bestimmen, kommt es auf den historischen Zeitpunkt an. Diese Aussagen sollen hier nicht weiter vertieft, sondern nur noch mit einer Nachbemerkung ergänzt werden. Nach Schätzungen amerikanischer Sinologen gab es bis ins 18. Jahrhundert hinein in China wesentlich mehr Bücher als im gesamten Rest der Welt, und es ging dabei nicht nur um "ideologisches Wissen". Vielmehr gab es ausgerechnet seit der Song-Zeit, die häufig als Beginn ideologischer Einengung dargestellt wird, von allen großen Gelehrten durch die Generationen hindurch gefordertes, ausgeprägtes "boxue-Ideal" (umfassendes Lernen). Daß dieses Ideal zumindest unter den besseren Repräsentanten der traditionellen chinesischen Elite auch weitgehend verwirklicht wurde, zeigen die Listen bekannter traditioneller Bibliotheken. Dort findet sich ein großer und breit gefächerter Bestand an Werken des praktischen Sachwissens, der sich mit der heute üblichen (sowohl in der kommunistischen Führung als auch in großen Teilen der Studentenschaft) These nicht vereinbaren läßt, das traditionelle Lernen habe maßgeblich zur geistigen Verengung beigetragen. Das Stichwort ist "baguwen" (achtfüßiger Aufsatz). Selbstverständlich läßt sich nicht leugnen, daß durch die gesamten letzten Dynastien hindurch ein Trend zum "Formalismus" verstärkt sichtbar wurde, aber

zugleich existierten auch immer wieder verkündete und verwirklichte Gegenforderungen zum "weltoffenen" Lernen und zur umfassenden Persönlichkeitsbildung - "wei ji zhi xue" (um des Selbst willens lernen), und zu dieser Persönlichkeitsbildung gehörte eindeutig das Wissen um praktische, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Dinge - "jingshi zhi yong" (direkter Nutzen zur Regelung der Welt).

Fünftens, die Geschichte Chinas beeindruckt nicht zuletzt durch zahlreiche "lange Friedenszeiten" (changan), und eintausend Jahre galt das Song-Ideal ("Aus gutem Eisen schmiedet man keine Nägel, aus guten Menschen macht man keine Soldaten"). Es gab mehrere Zeitspannen, in denen die Masse der bäuerlichen Bevölkerung länger als einhundert Jahre in relativem Frieden leben konnte. Neben wirtschaftlichen Leistungssteigerungen trugen diese lange Friedenszeiten maßgeblich zu dem oben beschriebenen langfristigen Bevölkerungsanstieg bei. Bei den wenigen großen Phasen des kriegerisch bedingten Chaos handelte es sich mehrheitlich nicht um die Aufhebung des inneren Friedens, sondern um Invasionen nördlicher Völker und Stämme. Der Zusammenbruch der inneren Friedensordnung erfolgte erst nach 1840. Selbst im 18. Jahrhundert, der Zeit der großen Qing-Expansion nach Zentralasien, wurde nach Schätzungen weniger als 1% des Sozialproduktes für militärische Zwecke verwandt. Überhaupt war der Staatsanteil niemals höher als 2-3%, meist nur 2%. Das Ideal der "leichten Steuern" spiegelt diesen Sachverhalt wider. Die in allen Dynastien wiederkehrende Kritik an der drückenden Steuerlast muß vor diesem Hintergrund entsprechend relativiert werden. Normalerweise beanspruchte der Staat höchstens 5% der Ernte. Während der gesamten Ming- und Qing-Zeit bis zum 19. Jahrhundert stiegen die staatlichen Einnahmen absolut nur wenig, obgleich die Bevölkerung sich mehr als Vervierfachte. Im 19. Jahrhundert lag die große Schwäche des Staates deshalb in seiner mangelnden Finanzkraft. Die Einnahmen reichten nicht aus, um die selbst gestellten Aufgaben zu bewältigen. Es kam zu informellen "Regelungsmechanismen", die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und mehr noch während der frühen Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts das Gesicht Chinas entstellten. Auch hier

bleibt zu sagen, daß man die Normalität der traditionellen Ordnung nicht mit der Niedergangphase verwechseln darf. Die Fehlleistungen resultierten nicht aus den Strukturen der Ordnung selbst, sondern aus deren Kontrollverlust.

Zieht man ein Zwischenfazit, so muß man der traditionellen Ordnung im Vergleich zu anderen damaligen Ordnungen eine durchaus positive Bilanz bescheinigen. Der Hinweis auf das historisch Machbare kann nicht oft genug gegeben werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Notwendigkeit, die Dinge in ihrem historischen Kontext zu messen, in der chinesischen Tradition durchaus anerkannt war. Immer wieder wird bei Beurteilungen gesellschaftlicher Vorgänge der Begriff "shi" (Umstände, Verhältnisse, Konstellation usw.) als Ausgangspunkt angeführt. Es erscheint besonders befremdend, wenn die heutige marxistisch-leninistische Herrschaft, der das Phänomen der historischen Determiniertheit nicht fremd sein sollte, Chinas Geschichte ahistorisch bewertet d.h. in der Darstellung auf das ihrem Geist gemäße Niveau reduziert.

Es besteht also selbst bei kritischer Betrachtung der Geschichte Chinas kein wirklicher Grund, von einem großen Modernisierungshindernis oder einer großen geistigen Mauer zu sprechen. Vielmehr hat die chinesische Zivilisation zwei große Umbruchphasen, auf die später noch eingegangen wird, erfolgreich bewältigt. Sie unterscheidet sich damit von den frühen Strom- und Flußzivilisationen (z.B. Ägypten), die solchen Umbruchphasen nicht gewachsen waren und bereits während der letzten Jahrhunderte ihrer Existenz ein museales Dasein führten. Aus der chinesischen Geschichte kann die heutige chinesische Gesellschaft durchaus die Zuversicht gewinnen, daß sie, historisch bedingt, über ein genügend starkes Potential verfügt, die neuen Herausforderungen zu bewältigen. Das Problem liegt nicht in der Tradition, sondern in einer Herrschaftselite, deren geistiger Horizont - polemisch formuliert - unterhalb des Horizonts der Gesamtgesellschaft liegt.

#### Fußnoten:

- 1) Barrington Moore, *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*, Frankfurt/M., 1969, S. 242-243.
- 2) Dwight H. Perkins, *Agricultural Development in China (1368-1968)*, Chicago, 1969.